

ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 30.11.2017

Chancen nützen - für eine erfolgreiche Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze

9. November 2017

Ausgangspunkte und Ziele

Nach der Nationalratswahl gilt es, konkrete und positive Veränderungen für den Standort Österreich und seine Unternehmen auf Schiene zu bringen. Die großen, wichtigen Themen müssen rasch angepackt und Ergebnisse im Sinne der Unternehmer und Leistungsträger dieses Landes geliefert werden. Dazu bekennen wir uns, um unser Land für die Zukunft zu rüsten und Verbesserungen zu erreichen.

Dafür sind folgende Punkte besonders wichtig:

1. Arbeitszeitmodelle der Zukunft ermöglichen!

Die rasant voranschreitende Digitalisierung und die zunehmende Internationalisierung stellen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber vor neue Herausforderungen. Aber Problemen der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft können wir nicht mit Regelungen aus dem vorigen Jahrhundert begegnen. Deshalb soll es zukünftig möglich sein durch eine Anhebung der maximalen Tages- und Wochenhöchstarbeitszeit und einer Ausdehnung des Durchrechnungszeitraums die Arbeitszeit je nach Auftragslage flexibler zu verteilen. Den Bedarf nach flexibleren Arbeitszeiten zeigt auch eine Umfrage, wonach sich 84 Prozent der Beschäftigten eine flexible Gestaltung ihrer Arbeitszeit wünschen. Flexible Arbeitszeiten sind daher im Interesse von Unternehmen und Mitarbeitern und stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

2. Steuern und Gebühren senken!

Österreich ist ein Höchststeuerland und hat kein Einnahmen-, sondern ein immer gravierenderes Ausgabenproblem. Zahlreiche Regelungen und Ausnahmen machen unser Steuersystem unnötig komplex und für den Bürger unverständlich. Ein Gebot der Stunde ist daher die Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf unter 40%! Auch Chancengleichheit für unsere Betriebe ist herzustellen, z.B. durch eine Senkung der Umsatzsteuer im Tourismus von 13% auf 10%.

Gleichzeitig muss unser Steuer- und Sozialversicherungssystem wesentlich vereinfacht und der Faktor Arbeit maßgeblich entlastet werden. Zusätzlich soll eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse im Verfassungsrang einen sorgsam Umgang mit Steuergeld gewährleisten. Damit ein schlanker Staat seine zentralen Aufgaben erfüllt – zielgerichtet und effizient.

Neben den Steuern stellen auch die in den letzten Jahren massiv angestiegenen Gebühren der Öffentlichen Hand ein Hemmnis für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft dar. Infrastrukturentgelte wie Autobahnmauten sind ein gutes Beispiel dafür, wie losgelöst von Kostenentwicklungen diese Gebühren gewachsen sind. Dem muss dringend Einhalt geboten werden. Sämtliche Gebühren müssen unter den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit, Rechtfertigung und Kostenwahrheit überprüft werden.

3. Bildungsoffensive zur Bekämpfung des Facharbeitermangels!

Das erfolgreiche duale Ausbildungssystem soll durch die Modernisierung der Ausbildungswege und der Verbesserung der Durchlässigkeit in alle Richtungen gestärkt werden. Darüber hinaus sollen verpflichtend zur Unterstützung des zukünftigen Bildungs- und Berufsweges in allen Schularten Berufsorientierung, Berufsinformation und Potentialanalysen unter verstärkter Einbindung von Vertretern der Wirtschaft angeboten werden. Als Ziel gilt zuallererst: Stärken stärken. Im Rahmen einer gesamtstaatlichen Qualifikations-Migrations-Strategie sind außerdem bessere Rahmenbedingungen für Qualifizierte Zuwanderung sowie den Zugang zu Mangelberufen zu schaffen. Als wesentlichen Bestandteil der Bildungsoffensive sehen wir auch die Schaffung digitaler Kompetenz – beginnend im Kindergarten über sämtliche Bildungseinrichtungen bis hin zum lebenslangen Lernen. Um bei den aktuellen Trends und Entwicklungen mithalten zu können sind insbesondere Initiativen in diesem Bereich abgestimmt auf die betrieblichen Erfordernisse zu forcieren.

4. Investitionen fördern und Steuerfairness gewährleisten!

Die österreichische Wirtschaft benötigt dringend investitionsfördernde Rahmenbedingungen, die gezielte Anreize für private Investitionen begünstigt und die die Unternehmensfinanzierung und den Kapitalmarkt weiter entwickeln. Dazu zählt z.B. die Einführung eines Investitionsfreibetrags und einer Investitionsprämie, eine deutliche Anhebung der Grenzen für geringfügige Wirtschaftsgüter oder die Verkürzung der Abschreibungsdauer bei Gebäuden, PKW und Instandsetzungsaufwand.

Vielfach wird aktuell auch die Steuergerechtigkeit bei international tätigen Großkonzernen thematisiert. Dazu fordern wir ein Fairplay für österreichischen Betriebe und gleiche steuerliche Rahmenbedingungen gegenüber aus dem Ausland auf dem österreichischen Markt tätig werdende Unternehmen. Das Steuersystem muss dafür sorgen, dass sich solche Unternehmen ihrer Steuerpflicht nicht entziehen, beispielsweise durch das Konzept einer „digitalen Betriebsstätte“ als steuerlichen Anknüpfungspunkt in Österreich.

5. Erhöhung der unternehmerischen Freiheit durch Reduktion der Belastungen!

Die österreichischen Betriebe leiden massiv unter einer Vielzahl von Auflagen, deren Zweck oft schwer nachvollziehbar oder überholt ist. Es ist daher dringend geboten, den unternehmerischen Spielraum durch eine deutliche Reduktion von Vorschriften und Auflagen zu erhöhen. Dies kann vor allem durch eine Zurücknahme aller Vorschriften, die über das von der EU vorgegebene Ausmaß hinausgehen (Rücknahme von Gold Plating). Insbesondere ist eine Überprüfung und Redimensionierung der Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzbestimmungen geboten. Darüber hinaus bedarf es einer deutlichen Vereinfachung und Straffung der Verfahren für Betriebsanlagen- und Investitionsvorhaben.

6. Fairer Umgang mit den Leistungsträgern!

Unternehmer dürfen nicht länger als Erfüllungsgehilfen der Bürokratie betrachtet und behandelt werden! Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen trifft der Vollzug der zunehmenden behördlichen Auflagen und Genehmigungsverfahren besonders hart, da die personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen für das ständige „Abarbeiten“ der behördlichen Auflagen einfach nicht gegeben sind. Die Unternehmer sollen endlich wieder „Luft zum Atmen“ haben und sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Das Arbeitsinspektorat soll sich als Partner der Unternehmer verstehen und Routinebesuche vorab ankündigen. So können nach dem Grundsatz „Beraten statt Strafen“ Vorschläge direkt besprochen und rasch Abhilfe geschaffen werden.

7. Investitionen in die Zukunft beschleunigen!

Neben der Bildung bilden Investitionen in die Infrastruktur den wesentlichen Erfolgsfaktor für die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten des Landes. Die Verfahren bei Infrastrukturinvestitionen müssen beschleunigt werden. Dies betrifft jede Art der Verkehrs-, der Energie- sowie der digitalen Infrastruktur. Darüber hinaus sehen wir einen Hebel zur Sicherung eines langfristig wettbewerbsfähigen Zuganges zu den wichtigsten europäischen Infrastruktureinrichtungen in der Schaffung eines „Zukunftsfonds für Infrastrukturinvestitionen“, der öffentliche sowie private Mittel unter standortstrategischen Gesichtspunkten investiert.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten den nachstehenden

ANTRAG

Das Wirtschaftsparlament der WKÖ wird gebeten, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die 7 Punkte für die Wirtschaft ehestmöglich umzusetzen.



KommR Konrad Steindl
Präsident, WK Salzburg



Jürgen Mandl, MBA
Präsident, WK Kärnten



Mag. Doris Hummer
Präsidentin, WK Oberösterreich